

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/168

4. September 1974

Dringender Rat: Weise Zurückhaltung üben !

Die Vor-Urteile des CSU-Abg. Carl-Dieter Spranger

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Mitglied des zweiten Untersuchungsausschusses des
Bundestages

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Für Fairplay in der Agrarpolitik !

Ein notwendiges Wort zum Wirken des Bauernverbandes

Von Hans Büchler MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Drogen-Nachschub aus Holland

"Liberale" Bestimmungen erleichtern Handel mit
Rauschgiften

Von Paul Kratz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend,
Familie und Gesundheit

Seite 5 / 32 Zeilen

Superparkinson - in CDU-schwarz

Unions-Anfrage soll von Kohls Personal-Explosion
ablenken

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-
Pfalz

Seite 6 und 7 / 70 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 403
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 08 99 946 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Dringender Rat: Weise Zurückhaltung üben!

Die Vor-Urteile des CSU-Abg. Carl-Dieter Spranger

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Mitglied des zweiten Untersuchungsausschusses des Bundestages

Für Mitglieder eines Untersuchungsausschusses ist eines mißlich: eigentlich müßten sie den Schnabel halten bis zum Schlußbericht. Sonst handeln sie sich den Vorwurf vorzeitiger Beweiswürdigung und vorweggenommenen Urteilspruchs ein. Wer vor Abschluß der Untersuchung die Ereignisse schon würdigt und entsprechend beurteilt, gerät in den Verdacht, bei den noch laufenden Untersuchungen so vorzugehen, daß seine vor schnellen Sprüche gerechtfertigt erscheinen. Das Verfahren muß sich dann seinem Bedürfnis nach Rechtfertigung und nicht mehr dem Gegenstand der Untersuchung anpassen.

Einen solchen "Rechtfertigungszwang" bescheren dem Guillaume-Ausschuß zur Zeit sein CDU-Vorsitzender Wallmann und dessen Mitstreiter Gerster und Spranger. Sie verkünden vorab in munterer Presse- und Interviewtätigkeit, was erst noch zu erweisen wäre. Wäre der Ausschuß ein gerichtliches Gremium, wären Wallmann und Kollegen längst wegen Befangenheit abgelöst.

Nun ist der Untersuchungsausschuß ein Werkzeug zur Suche nach Wahrheit - wie es ein Gericht auch sein soll. Diese Wahrheit soll gefunden werden in einem Verfahren, das vom Kampf zwischen Regierungskoalition und Opposition eingefärbt wird. Falsche Vorstellungen hat man jedoch, wenn man die Regierungseite als Verschleierungstruppe und die Opposition als Aufdeckungsmannschaft sieht.

In solch unfreundliches und vor allem falsches Licht versucht die Opposition seit Beginn des Untersuchungsausschusses dessen Mehrheit zu tauchen. Langsam entsteht dabei der Verdacht, daß die CDU/CSU im Ausschuß gar nicht auf die sorgfältige Untersuchung, sondern auf die Begleitmusik - den "Theaterdonner" - aus ist. Sie scheint ihre Aufgabe nicht als Aufdecken der Wahrheit, sondern als Anhängen von Beschuldigungen zu verstehen,

deren Richtigkeit erst später bewiesen werden soll.

Der Ausschußvorsitzende gerät in die Lage, den ersten "Regierungsbeschuldigungsausschuß" zu leiten, statt den 2. Untersuchungsausschuß. Und die Fragepraxis seiner Mitstreiter geht auf die Zustimmung von Zeugen und Sachverständigen zu früher öffentlich verkündeten Bewertungen aus.

Jüngstes Beispiel für solches Verhalten ist der CDU-Pressedienst-Artikel des GSU-Abg. Carl-Dieter Spranger vom 3. September 1974. Noch vor den Vernehmungen Ehmkes und Ehrenbergs hat er bereits seine Feststellungen getroffen und wird nun in der kommenden Vernehmungswache bestrebt sein müssen, seine "Vor-Urteile" bestätigt zu bekommen.

Im Interesse des Aufdeckens der Wahrheit müssen in der Tat die Massenmedien aufgerufen werden, Theaterdonner auch dann so zu nennen, wenn die vorangegangenen "Erleuchtungen" Sprangers seinen hochgespannten Vorurteilen entsprangen.

Irgendwann muß auch er einmal die Aussage des CDU-Beamten Hermenau würdigen, daß er einem CDU-Geschäftsführer Guillaume für eine Beschäftigung unter einem Kanzler Barzel genauso "grünes Licht" gegeben hätte, wie er es für den SPD-Geschäftsführer Guillaume tat. Was dann von den aufgestellten Behauptungen der Parteibuchwirtschaft und der Nichtbeachtung nachrichtendienstlicher Empfehlungen usw. bleibt, müßte Herr Spranger ohne Befangenheit diskutieren können.

Ob die bisherigen Aussagen vor dem Ausschuß in ihrer möglichen Widersprüchlichkeit all die Urteile rechtfertigen, die der Abg. Spranger schon über die Einstellung Guilleaumes gefällt hat, wird man nach seiner "Öffentlichkeitsarbeit" mit ihm als Unbefangenen nicht mehr diskutieren können. Mit falschen Behauptungen Recht zu behalten, könnte für ihn längst zwingender geworden sein, als nur die Wahrheit zu finden und nur gerechtfertigte Vorwürfe zu erheben. Eine Empfehlung an den Abg. Spranger, "seine Weisheiten zurückzuhalten", ist gleichbedeutend mit dem Rat, wenigstens in Zukunft wiese Zurückhaltung zu üben. (-/4.9.1974/ks/ex)

+ + +

Für Fairplay in der Agrarpolitik !

Ein notwendiges Wort zum Wirken des Bauernverbandes

Von Hans Böhler MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Foresten

Während die Bauern in der Bundesrepublik noch zum Teil damit beschäftigt sind, eine gute Ernte einzubringen, sind die berufenen und weniger berufenen Agrarpolitiker fest dabei, sich ein interessantes Gefecht zu liefern. Schon heute kann man sagen, daß der Ausgang dieses Scharmützels etwas mit dem legendären "Hornberger Schießen" zu tun hat.

Fairplay in der Agrarpolitik heißt in erster Linie faires Spiel mit den Bauern und den Verbrauchern.

Die Landwirtschaft hat gegenüber dem Vorjahr erhebliche Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die Regierung der sozialliberalen Koalition hat die Öffentlichkeit auf diese Entwicklung hingewiesen. Schönfärberei wurde nicht betrieben. Auch nicht die Landwirtschaft trägt Schuld an den steigenden Lebensmittelpreisen. Dies müßte von Sprechern der Verbraucher oder solchen, die sich dazu berufen fühlen, objektiv anerkannt werden. Ablenkungsmanöver von dem Hauptproblem der Landwirtschaft, nämlich der effektiven Einkommensverluste, sollten nicht stattfinden. Buchführungspflicht zum Beispiel dient höchstens dazu, daß der Beamtenapparat weiter aufgebläht wird.

Die Landwirtschaft hat einen großen, wenn nicht den größten Beitrag zur Rückgewinnung der Stabilität in unserer Volkswirtschaft geleistet. Auch diese Feststellung gehört zum Fairplay in der Politik.

Nicht zum Fairplay in der Agrarpolitik gehören die Forderungen der Opposition. Die CDU/CSU versucht in einer unglaublich primitiven Art und

Weise manchen Bauern, die über die Zusammenhänge nicht nachdenken, nach dem Mund zu reden: So zum Beispiel Steuergeschenke en masse (rd. zwei Milliarden), dazu Ausführsubventionen, Verbilligungsaktionen aller Art, Produktionsanreize trotz Überproduktion und noch dazu die Gießkanne bei der Investitionsförderung!

Fairplay muß auch vom Bauernverband verlangt werden. Würden die Funktionäre einmal ihre Parteizugehörigkeit hinter die Verbandsfunktion stellen, müßten sie anerkennen,

- daß in Brüssel für die Bauern der Einsatz noch nie so groß war, wie unter der sozialliberalen Koalition; dies ist nur möglich, weil in dieser Regierung der Agrarminister zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein gleichwertiger Minister im Kabinett ist;

- daß die Regierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten marktpolitische Maßnahmen getroffen hat, um die Erzeugerpreise anzuheben; bei den ach so freundlichen Bauernregierungen der CDU/CSU müssen Rechenkünstler dies nachweisen;

- daß die Landwirtschaft unter dieser Regierung sozial abgesichert wurde, und daß zum Beispiel ab 1. Januar 1975 die Dynamisierung des Altersgeldes und der Landabgaberente einsetzt; und

- daß die Steuerreform der Landwirtschaft enorme Vorteile bringt; vor allem die Neuregelung des Kindergeldes führt bei den bäuerlichen Familien zu erheblichen Mehreinnahmen.

Fairplay werden wir Sozialdemokraten von den Bauernverbandsfunktionären vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen sicherlich nicht erwarten können.

Die sozialliberale Koalition wird in der Zwischenzeit ihre angekündigten Maßnahmen für die Landwirtschaft durchführen. Spätestens nach den Landtagswahlen müssen alle - Politiker, Bauern, Verbraucher, Verbände - etwas mehr über die europäische Agrarpolitik nachdenken.

Ein Fairplay muß dann in der Diskussion, trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen, gewährleistet sein, sonst gehen die nächsten Runden zu Lasten der Bauern und der Verbraucher. (-/4.9.1974/ks/ex)

Drogen-Nachschub aus Holland

"Liberalere" Bestimmungen erleichtern Handel mit Rauschgiften

Von Paul Kratz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Dank präventiver Maßnahmen verschiedener Art, härterer Strafen, besserer Entziehungsmöglichkeiten sowie guter Resozialisierungserfolge sind sowohl Drogenkonsum als auch Rauschgifthandel in der Bundesrepublik spürbar zurückgegangen. Ob das in grenznahen Gebieten zu den Niederlanden auch der Fall ist, muß dahingestellt bleiben. Fest steht jedenfalls: Auf holländischen Drogenmärkten können sich dank einer neuerdings zweifelhaft liberalen Haltung der holländischen Regierung zum Rauschgiftkonsum deutsche Dealer oder Eigenverbraucher gefahrlos mit "Stoff" eindecken. Und nur wenige Käufer aus der Bundesrepublik bleiben an den Grenzübergängen im Netz von Grenzschutz oder Zoll hängen.

Das Ergebnis: Während in der Bundesrepublik das "Drogenloch" weitgehend zugestopft ist, rollt der Nachschub aus den Niederlanden ungehemmt weiter für alle, die Haschisch-Rauchen immer noch als "in" bezeichnen oder für die LSD keine lebensbedrohende Droge sein will. In dieser Situation macht die niederländische Volksgesundheits-Ministerin Irene Vorrink von sich reden mit ihrem Vorschlag, endlich sogenannte "sanfte Drogen" wie Marihuana oder Haschisch aus dem nationalen Drogen-gesetz zu streichen und einen Verkauf dieser Rauschmittel wie Spirituosen gegen Genehmigung zu empfehlen.

Angesichts dieser "fortschrittlichen" Haltung blüht das internationale Rauschgiftgeschäft in Amsterdam oder Rotterdam, den "Mekkas" der Dealer. Aber nicht nur hier. Das Hauptzollamt Geldern/Niederrhein, verantwortlich für 50 Kilometer deutsch-niederländische Staatsgrenze zwischen Kleve und Roermond, hat jetzt nachweisen können, daß die holländische Grenzstadt Venlo auch bedeutender Umschlagplatz für Dealer sei, die ihre Kunden in den Großstädten an Rhein und Ruhr versorgten.

Angesichts dieser Fakten bleiben Erfolge mit dem Ziel einer bleibenden Drogenabstinenz bei den Jugendlichen in der Bundesrepublik nur Stückwerk. Das Europa-Parlament in Straßburg sollte zu Mitteln und Wegen finden, auf europäischer Ebene Handel und Konsum mit Rauschmitteln einheitlich zu beurteilen. Und zwar im Sinne der Bestimmungen, wie sie in der Bundesrepublik zu einem Erfolg geführt haben. (-/ 4.9.1974/bgy/ex)

+ + +

Superparkinson ~ in CDU-schwarz

Unions-Anfrage soll von Kohls Personal-Explosion ablenken

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz

Nicht irgendeine einer Partei verbundene Institution, sondern jenes Wissenschaftler-Gremium, das 1971 der Neugliederungs-Kommission zur Neuordnung des Bundesgebietes ("Ernst-Kommission") die erforderlichen statistischen Daten lieferte, hat es drei CDU-Landesregierungen schwarz auf weiß und dazu noch völlig unpolemisch bescheinigt: daß sie am teuersten regiert werden und daß sie auch das ungünstigste Verhältnis zwischen Wohnbevölkerung und Ministerialpersonal aufweisen. Das Saarland markiert danach das Schlußlicht, denn auf 710 Einwohner kommt ein Ministerialbeamter, in Stoltenbergs Schleswig-Holstein kommt ein Ministerialer auf 1.410 Bürger und in Kohls Rheinland-Pfalz kamen zum fraglichen Zeitpunkt (1971) auf 2.419 Einwohner ein Beamter der obersten Landesbehörden. An der Spitze: Nordrhein-Westfalen mit 4.620 Einwohnern auf einen Ministerialbeamten!

Als die Experten der Ernst-Kommission diese Zahlen ermittelten, waren beispielsweise in den Kohl-Ministerien 1.529 Bedienstete tätig, nachdem es noch bei seinem Amtsantritt 1969 nur 1.467 gewesen waren. Inzwischen zählen die ministerialen Kohl-Häuser und seine Bonner Dependence 1.800 (!) Köpfe. Am stärksten war die Zunahme vor allem in den Bonner "Planungsgruppen" für Soziales und Finanzen, die auf Kosten des Steuerzahlers die als Fachsprecher ihrer Bundespartei tätigen Minister (Geißler, Gaddum, Vogel) mit Material gegen die Bundesregierung zu versorgen haben: um weit über 100 vH. in vier Jahren.

Wiederholt haben nun CDU-Abgeordnete im Bundestag in Kleinen Anfragen und in Debattenbeiträgen über die Aufblähung der Personaletats des Bundes Beschwerde geführt. Fraktionschef Prof. Dr. Karl Carstens nannte für die Zeit von 1969 auf 1974 eine Zunahme von 12 vH. in der 101. Sitzung des Bundestages, das war die Hälfte jener Personalzunahme, die des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl Landesregierung von 1969 bis 1974 auf SPD-Fragen ausweisen mußte.

Trotz dieser harten Tatsachen rühren gewisse CDU/CSU-Leute das Personalthema weiter an, obschon sie wissen müssen, daß die Personalzunahmen in den vergleichbaren Zeiträumen zur Zeit der Unions-Regierungen ungünstig dastehen.

Im Augenblick haben es den CDU/CSU-Leuten die Bundesbeamten über der Besoldungsgruppe A 15 (Ministerialrat) angetan. In der Tat hat sich

seit 1970 die Zahl der Beamten in der Besoldungsgruppe B 3 von 750 auf 1.200 erhöht, was der "Bayernkurier" unter der Überschrift "Superparkinson am Rhein" nicht nur auf eine durchschnittliche Zunahme der Bundesbehörden um 1,7 vH. zurückführt, "sondern auch eines Auswuchses des Parteibuch-Beamtentums, wie es die Bundesrepublik seit ihrer Gründung nicht erlebt hat".

Der "Bayernkurier", der es ja wohl genau wissen muß, noch bevor die Bundesregierung die Anfrage der Unions-Abgeordneten behandelt hat, lieferte damit auch die schlüssige Begründung, weshalb die Zahl der Ministerialräte der beiden Besoldungsgruppen A 16 und S 3 in Rheinland-Pfalz noch stärker zugenommen hat: In den Kohl-Ministerien hat die Zahl der Ministerialräte nach A 16 nämlich um über 350 vH. zugenommen, von 48 auf 180, während die Zahl der "Leitenden Ministerialräte" der Gruppe B 3 um gut fast 100 vH. gesteigert wurde, nämlich von 33 auf 60, wobei es demnächst sogar weit über 70 sein sollen. Frei nach "Bayernkurier" also wegen des "Auswuchses des Parteibuch-Beamtentums".

Es besteht kein Anlaß, die Zunahme der Personalhaushalte nach unten zu spielen. Sie bereiten Bund, Ländern und Gemeinden nicht geringe Sorge, und gewiß ist, daß es gerade auch in den Spitzenpositionen so nicht mehr weitergehen kann. Gerade in den Ländern wird deshalb zu einem beträchtlichen Teil die neue Besoldungsgruppe B nicht verstanden und abgelehnt, denn jetzt sollen "Leitende Ministerialräte" plötzlich in der Besoldungsgruppe B 4 auftauchen, so daß die Gruppe B 3 die Regelposition für Ministerialräte werden dürfte an Stelle der A 16. Hier müssen die Parlamentarier die Vorlagen aus den Ministerien kritisch unter die Lupe nehmen und sich nicht Jahre danach über das verwundert und verärgert zeigen, was sie selbst in die Wege geleitet und beschlossen haben.

Schäbig wird das Spiel aber, wenn CDU/CSU-Parlamentarier trotz des Wissens um die wirklichen Zusammenhänge, trotz des Wissens um die Tatsache, daß es sowohl bei CDU/CSU-Bundesregierungen als auch bei Unions-geführten Länderregierungen eine übersteigerte Personalvermehrung gegeben hat nun dem Bürger Glauben machen wollen, es gebe ein von den Sozialliberalen verschuldetes "Superparkinson am Rhein".

(-/4.9.1974/bgy/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert